

Rüstungskonversion und Gewerkschaftsbeschlüsse

Ab Mitte der 1980er Jahre bis vor rund 10 Jahren war Rüstungskonversion in den Reihen der IGM ein wesentlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Kämpfe. Dies folgte der langen Tradition antimilitaristischer Positionen in den Gewerkschaften. So war der DGB in den 1950er Jahren gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Einführung der Wehrpflicht. Die letzte Konsequenz fehlte allerdings, ein Generalstreik hätte der Wiederaufrüstung ein Ende setzen können. Auch die weitere Entwicklung war widersprüchlich, je nach Stärke des Einflusses der Friedensbewegten. So war ab Mitte der 1980er Jahre IGM und DGB ein Teil der Friedensbewegung. Sicherung der Arbeitsplätze durch eine nichtmilitaristische Industrieproduktion waren Bestrebungen. Im Beschluß des 23. Gewerkschaftstags der IGM 2015 stand: „... Langfristig muss es Ziel sein, die Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte weltweit ganz abzuschaffen...Die IG Metall muss sich stärker als bisher für die Beachtung der grundgesetzlichen Bestimmungen einsetzen, die Handlungen verbieten, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges und den Einsatz der Bundeswehr jenseits der Landesverteidigung...Kriege sind nie ein Mittel zur Konfliktbewältigung gewesen und müssen aus diesem Grunde, auch entsprechend Paragraph 2 unserer Satzung, abgelehnt werden...“

**Ohne Klassenkampf
gibt's Kanonen statt Butter
Ohne Klassenkampf
werden wir Kanonenfutter!**

DKP



Weitere Arbeitszeitverkürzungen sind notwendig

Sinnvoll sind auch Arbeitszeitverkürzungen – so wie 1984, als der Kampf für die 35-Stundenwoche und die nachfolgenden Arbeitszeitreduzierungen Hunderttausende Arbeitsplätze retten konnten. Wir brauchen weitere Reduzierungen – hin zur 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Auch dies ist wichtig im Kampf gegen Personalabbau und Werkschließungen. Angesichts der Milliarden Profite der Konzerne ist dies auch locker zu finanzieren.



Infos: <https://dkp.de/>

Kontakt: mail@dkp-stuttgart.org

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Angst geht um – Industriearbeitsplätze schwinden

Alle größeren Konzerne der Metallindustrie verkünden immer neue Vernichtung von Arbeitsplätzen, sei es Mercedes, Porsche, VW, Bosch, Mahle, ZF, Continental, Stihl usw. Allein bei Bosch wurden letztes Jahr bereits 12.000 Stellen abgebaut, auch in diesem Jahr geht der Abbau weiter. Insgesamt 70.000 Industriearbeitsplätze sind vernichtet worden, weitere 100.000 stehen dieses Jahr bundesweit auf der Schleuder. In der Region Stuttgart sollen von rund 240.000 Arbeitsplätzen in der Auto- und Zuliefererindustrie 83.000 Stellen vernichtet werden, also mehr als jede 3. Stelle fällt bis 2040 weg. Dazu die ständigen Drohungen von Werkschließungen und Verlagerungen, das Verkünden von immer neuen Sparprogrammen, das Androhen von Lohnsenkungen und Streichungen von Sonderzahlungen, wie es bei VW bereits im neuen Tarifvertrag festgeschrieben ist. Das schürt Angst und Unsicherheit.

Trotz sprudelnder Gewinne: Abwälzung der Krise auf die Beschäftigten

Die Krise der Automobilindustrie wird auf den Rücken der Beschäftigten abgewälzt. Die Profite sprudeln aber nach wie vor, auch bei sinkendem Absatz. Sie sind nur nicht so hoch, wie die Konzernbosse es sich wünschen. Trotzdem wird der Untergang an die Wand gemalt.

Porsche z.B. baut massiv Personal ab, 1500 befristete Verträge wurden nicht verlängert, 2025 kommen nochmals 500 hinzu. Weitere 1900 Stellen sollen abgebaut werden. Aber nicht etwa, weil Porsche rote Zahlen schreibt. Nein –

es wurde eine Umsatzrendite von 20 % als Ziel gesetzt. 2023 wurden noch 18 % erzielt. Vorläufigen Zahlen zufolge soll sie für 2024 „am unteren Ende der prognostizierten Bandbreite“ von 14 bis 15 % liegen, 2025 nur noch bei 10 bis 12 %. Ein Jammern auf sehr hohem Niveau! Und ähnlich sieht es bei anderen Autokonzernen aus. Insgesamt haben allein die 3 Autokonzerne VW, Mercedes und BMW 170 Milliarden Euro angesparte Gewinne auf der hohen Kante. Also kein Grund zum Jammern und für Sparprogramme. **Wir sagen Nein! Kein Abwälzen der Krise auf die Beschäftigten! Arbeitsplatzsicherheit statt Profitmaximierung!**

**Ihr Kriegskurs kostet
unsere Arbeitsplätze!**



**Soziale Perspektiven
statt Kriegswirtschaft!**

Ist Rüstungskonversion die Lösung?

Was wird den entlassenen Arbeitern und von Entlassung Bedrohten als Alternative angeboten? Arbeitsplätze in der rasant wachsenden Rüstungsindustrie – sie wird zum Hoffnungsträger. Aber ist das die Lösung? Natürlich nicht. So sind zum Beispiel Rheinmetall, Diehl Defence oder Hensoldt auf der Suche nach einer großen Zahl neuer Mitarbeiter. Ursache ist der gewaltige Rüstungsboom, der die Produktion befeuert und die Umsätze in die Höhe treibt. Die Düsseldorfer Waffenschmiede **Rheinmetall** (Panzer, Militärlastwagen, Artillerie, Flugabwehrgeschütze und Munition) etwa geht davon aus, ihren Umsatz, der im Vorkriegsjahr 2021 noch bei 5,66 Milliarden Euro lag, bis 2026 auf 13 bis 14 Milliarden Euro steigern zu können. Dazu werden Tausende neue Arbeitskräfte benötigt. Ende Februar hat Deutschlands größter Rüstungskonzern Rheinmetall mitgeteilt, dass es zwei seiner Autoteilewerke (Berlin, Neuss), deren Umsatz zurückginge, auf die boomende Rüstungsproduktion umstellen wolle.

Hensoldt ein bayrischer Rüstungszulieferer, bilanziert das lukrative Geschäft mit dem Krieg so: Nie seien die Auftragsbücher voller und die Profitrate höher gewesen. Dank einer »Vielzahl von Konflikten« werde die Nachfrage weiter und der Umsatz bis 2030 auf fünf Milliarden Euro steigen, so Hensoldt-Chef Oliver Dörre. Daran werde auch ein Frieden in der Ukraine nichts ändern. Mit den von Personalabbau betroffenen Werken von Continental und Bosch liefen bereits Gespräche wegen Übernahme von Arbeitskräften.

In Görlitz sollen jetzt **Panzer statt Waggons** gebaut werden. Die Waffenschmiede **KNDS** übernimmt das Waggonbauwerk von Alstom. KNDS ist ein deutsch-französisches Rüstungskonglomerat. In Görlitz sollen zukünftig Teile für den Radpanzer »Boxer« produziert werden. Die Kollegen von Alstom sollen mit einer auf mehrere Jahre garantierten Sicherheit ihrer Arbeitsplätze in das Beschäftigungsverhältnis bei KNDS gelockt werden.

Zwar kann die Rüstungsindustrie unmöglich alle Entlassungen in der Kfz-Branche auffangen, die allein in Baden-Württemberg in diesem Jahr wohl auf 40.000 steigen dürften. Aber weil die Bundeswehr rasant aufgerüstet wird und die Rüstungsexporte boomen, entwickelt sich die Rüstungsindustrie zum Hoffnungsträger auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen für massenhaft entlassene Arbeiter der Kfz-Branche. Eine Entwicklung, die die Friedenskräfte in der IG Metall über Jahrzehnte bekämpft haben. Ziel war immer, die Rüstungsproduktion in die Produktion von zivilen Gütern zu überführen, und nicht umgekehrt, wie es der IGM-Vorstand heute propagiert - trotz anderer Beschlusslage. Auf dem Gewerkschaftstag im Herbst 2023 wurde beschlossen: „...Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein.“

Auch in der Region Stuttgart immer mehr Rüstungsproduktion

Der **Lkw-Hersteller Daimler Truck**, der seither u.a. Motoren für militärische Lkw oder Unimogs lieferte, bietet zukünftig seine LKW-Modelle mit einer durch Panzerung geschützten Fahrerkabine an und steigert damit den Rüstungsanteil in seiner Produktion.



Die entsprechende Variante des dreiachsigen, allradgetriebenen Fahrzeugs Mercedes-Benz Zetros wurde im Juni 2024 auf der Militärmesse Eurosatory in Paris vorgestellt. Schon bisher konnte das Fahrzeug durch Drittfirmen nachgerüstet werden. Jetzt will Mercedes dies gleich ab Werk selbst anbieten. Die Panzerung soll die Besatzung gegen Beschuss, Minen und Sprengfallen schützen.

Bei **Trumpf, dem Ditzinger Maschinenbau- und Laserspezialist**, gibt es seit 2 Jahren Diskussionen über den Einstieg in die Rüstungsproduktion. Nach seiner 102-jährigen Geschichte ohne Rüstung droht jetzt auch hier der Einstieg in die Produktion von Militärtechnik. Im Gespräch ist u.a. die Lasertechnik zur Drohnenabwehr. Aufsichtsratschef Peter Leibinger befürwortet in seiner Rede in seiner neuen Funktion als Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) Mitte Februar grundsätzlich Rüstungsproduktion.

Bosch macht zur Zeit seinen von Personalabbau betroffenen Beschäftigten die Rüstungsindustrie schmackhaft. So war bei der Jobmesse von Bosch in Schwieberdingen im Oktober u.a. auch der Rüstungskonzern Rheinmetall vertreten. Bei der Jobmesse Ende März wird u.a. der Rüstungszulieferer Hensoldt vertreten sein. Auch jetzt können viele Boschprodukte in militärischen Produkten eingebaut werden. So tauchen beispielsweise Bauteile von Bosch in Panzern auf.

Steigende Rüstungsproduktion steigert die Kriegsgefahr und gefährdet den Frieden.

Nein zum Rüstungspakt der IG Metall mit der Rüstungsindustrie

Im Januar 2024 wurde vom IGM-Vorstand zusammen mit den Lobbyisten (BDVS) von der Rüstungsindustrie und dem SPD Wirtschaftsforum unter Mitwirkung des 2. Vorsitzenden der IGM Jürgen Kerner ein Papier verfasst mit dem Titel „Souveränität und Resilienz sichern, Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“. Das Papier wirbt für noch mehr Aufrüstung und Rüstungsaufträge unter dem Deckmantel von Arbeitsplatzsicherung und es scheint sich damit ein Pakt mit der Rüstungsindustrie anzubahnen beziehungsweise zu vertiefen. Die Sorge der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze nehmen wir ernst. Aber immer mehr Rüstung ist nicht die Lösung. Wir müssen Alternativen zur Rüstungsproduktion entwickeln wie Busbau oder Schienenfahrzeuge.

Konversion JA - aber richtig!

Die Probleme in der Auto- und Zuliefererindustrie, als auch im Maschinenbau können nicht durch immer mehr Rüstungsproduktion gelöst werden. Es gibt auch andere Wege. Nach wie vor wird das privat finanzierte und genutzte Auto, der Individualverkehr, als das einzig richtige Verkehrskonzept propagiert, jetzt eben mit E-Motor, und das öffentliche Verkehrswesen wird kaputt gespart. Sinnvoll wäre, planvoll Arbeitsplätze im Schienenfahrzeug- und Busbau auszubauen, und damit die wegfallenden Plätze in der Autoindustrie zu ersetzen, am besten in gemeinwohlorientierten Betrieben und Institutionen. Sinnvoll wäre ein mehrere Hundert Milliarden schweres Sondervermögen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur, den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesen in Stadt und auf dem Land. In diversen Studien wurde herausgearbeitet und dokumentiert, dass eine solche Verkehrswende die Arbeitsplatzverluste in der Autoindustrie überkompensieren würde. Es braucht ein Umdenken in den Gewerkschaften und einen engen Schulterschluss zwischen Gewerkschafts-, Umwelt- und Friedensbewegung. Die Mobilitätswende wird jeden Tag dringlicher - die Klimakatastrophe ist unübersehbar und täglich spürbar. Das wäre eine gesellschaftlich sinnvolle Entwicklung, würde dem Frieden dienen und nicht wie die Hochrüstung die Kriegsgefahr weiter verschärfen.